

Weltbild und Subsidiaritätsprinzip

Zur anstehenden Bundestagswahl hört man oftmals die Meinung, dass es sowieso kaum einen Unterschied zwischen Rot-Grün und einer von der CDU geführten Bundesregierung gäbe und somit auch von keiner Seite Besserung zu erwarten sei. Das dies falsch ist wird klar, wenn wir uns die grundsätzlichen Unterschiede anhand der aktuellen hauptsächlich strittigen Themen deutlich machen:

1) In der Wirtschafts- und Sozialpolitik wird um die Frage gestritten, ob eine soziale Wirtschaft überhaupt einen Markt benötigt.

2) In der Beziehung zu anderen Ländern und Völkern geht es heute um die Frage, ob Deutschland unser Land ist oder ob es aller Menschen Land sein sollte und wer mit dem „uns“ überhaupt gemeint ist.

Neben diesen zwei aktuellen und auch intensiv diskutierten Problemen gibt es noch einen Streitpunkt, der sehr viel grundsätzlicherer Art ist.

3) Es geht um das Weltbild, um dass die idealistische und die materialistische Philosophie streiten. Die Idealisten glauben, dass der Geist die Welt geschaffen habe und wir als Teil dieser Welt ebenfalls einen Geist, daß heißt eine unsterbliche Seele haben. Die Materialisten glauben, dass sich aus der Materie im Rahmen der Evolution unsere Intelligenz entwickelt habe und dass unser Bewusstsein allein durch Biocomputer- Programme, die in unserem Gehirn ablaufen, erzeugt sei.

Die CDU bekennt sich mit ihrem C im Namen zu den Anhängern des erstgenannten Weltbildes. Die Achtung des Einzelnen als Teil der Schöpfung ist auch der tiefere Grund, warum die CDU auf Eigenverantwortung und Selbstorganisation setzt. Die CDU vertraut dem Einzelnen und seiner Fähigkeit, sein unmittelbares Umfeld und damit sein Leben zu gestalten und seine Kinder selbst zu erziehen. Das Subsidiaritätsprinzip ist Folge dieser Grundeinstellung. Die sozialistischen Parteien, die sich zum materialistischen Weltbild

bekennen, leiten ihre politischen Konzepte ab von einem Menschenbild, bei dem der Einzelne als Produkt der Evolution ein Herdentier ist, leicht manipulierbar und unberechenbar. Sie setzen deshalb nicht auf Eigenverantwortung, sondern bevorzugen Konzepte mit Ansätzen zur Verlagerung der Verantwortung in Zentralen und zur Entmündigung des Einzelnen.

Bei dem obenstehend erstgenannten Punkt vertreten die meisten CDU-Mitglieder die Position, dass Wirtschaft ohne Markt nicht funktioniert. Die Politik habe die Marktbedingungen so zu gestalten, daß die Menschen ihre produktiven Kräfte optimal entfalten können. Damit kann genug Verteilungsspielraum geschaffen werden, um Massenwohlstand wieder zu erreichen. Dies unterscheidet die CDU von linken Parteien, die sich auf das Verteilen konzentrieren und sich hierbei keine oder falsche Gedanken machen, wie denn das zu Verteilende erwirtschaftet werden soll.

Zur zweitgenannten Frage haben die meisten CDU Mitglieder die Antwort, dass es für alle Menschen, auch für die Deutschen, ein exklusives Recht auf ihre Heimat gäbe. Das bedeutet, dass unser Land für unsere Kinder und nicht für die Kinder anderer Völker reserviert ist. Deutsche sind Bürger in unserem Lande, die entweder hier geboren sind oder schon sehr lange hier leben und unsere Kultur und Sprache auch als die ihre ansehen. Sie brauchen hierfür keineswegs Kultur und Sprache ihrer Herkunftsländer ablegen. In der rot-grünen Regierung dominieren Vorstellungen, daß jederman ein Recht habe, hier zu leben und auch die Kultur und Sprache seines Heimatlandes hier praktizieren soll. Dies sei dann auch von der angestammten Bevölkerung zu finanzieren, über Sozialtransfers und vielfältige Aufwendungen zur Immigration.

-- Anhand dieser drei Punkte wird deutlich, dass die These von der Richtungswahl im Herbst 2005 keine Worthülse ist.

K. Schmitt, 15.6.2005